Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtrage gebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen

Anzeigenpreise: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigenannahmestellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Meißen.

Nr. 10. 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Donnerstag, 13. Januar 1927

Ein Wasserstrahl nach Warschau.

Das „arme" Polen! Kein Wässerchen hat es je getrübt, wird es je trüben. Denn Polen ist laut Aussage seines Außenministers der „Hort des Friedens" und das pazifistischste Land in Europa. Nebst Umgebung. Aber Deutschland! Das bricht ganz glatt den Artikel 10 der Völkerbundsatzung, der jedem Volk die Achtung vor den Grenzen der andern vorschreibt. „Statt dessen" treibt Deutschland eine eifrige Propaganda für die Revision seiner Ostgrenzen. So sagte vor einigen Tagen der polnische Außenminister Zaleski und folgerte daraus den Vorwurf des Bruchs der Völkerbundsatzung.

Da hat man sich doch in Berlin entschlossen, durch die amtliche Telegraphenagentur einen offiziösen Wasserstrahl nach Warschau zu richten, in einer scharfen Erklärung den Vorwurf als ganz unberechtigt zurückzuweisen. Denn der Artikel 10 verbietet nur jedes angriffsweise Vorgehen gegen die Grenzen des Nachbarn und an solch einen Angriff denke Deutschland gar nicht, denke auch nicht daran, ihn durch jene Propaganda vorzubereiten. Nichts sei unsinniger als derartige Unterstellungen!

Wie unsinnig der Vorwurf ist, geht gerade aus dem Vorhandensein eines anderen Artikels der Völkerbundsatzung, nämlich dem 19., hervor, der, wie die deutsche Erklärung nun unzweideutig ausführt, es als Aufgabe des Völkerbundes hinstellt, auf die Änderung unabwendbar gewordener Verträge und solcher internationaler Verhältnisse hinzuwirken, „deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden" würde. Deutschlands gutes Recht ist es also, auf die Anwendung dieses Artikels hinzuwirken, besonders, da es sich dabei um Gebiete handelt, die weder, wie Herr Zaleski behauptet, „urpolnisch" noch für Polen ein Lebensbedürfnis sind. Der Zorn des polnischen Außenministers habe wohl etwas andere Ursachen: innenpolitische nämlich. Er spricht nach, was die polnische Presse schreibt. Dort stand nämlich zu lesen, der deutsche Widerstand gegen die Forderungen der Entente hinsichtlich der deutschen Ostbefestigungen bedeute eine — Bedrohung Polens! Dort stand auch geschrieben, die Räumung des Rheinlandes gefährde gleichfalls das arg von deutscher Angriffslust bedrängte Polen — was gewisse Politiker in Frankreich gern übernommen haben.

Es ist also eine richtige politische, dabei überaus verantwortungslose Brunnenvergiftung, die Herr Zaleski treibt. Er will aber nun ganz raffiniert sein: redet er doch davon, daß Pläne aufgetaucht seien, wonach Polen an Deutschland den Korridor an der Weichsel wieder zurückgeben, dafür aber Litauen und das Memelgebiet „erhalten" solle. Die deutsche Gegenerklärung sagt mit erfreulicher Offenheit, daß Herr Zaleski sich doch einmal darüber äußern möchte, wer denn eigentlich diese Pläne betreibe; die deutsche Regierung wisse davon nur das, was in den Zeitungen stehe. „Wenn mit derartigen Äußerungen etwa der Versucht gemacht werden soll, Mißtrauen zwischen Deutschland und Litauen zu säen, so muß das auf das bestimmteste zurückgewiesen werden." Man darf wohl das „wenn" in der deutschen Erklärung ruhig durch ein „da" ersetzen, ohne mit der Wahrheit in Konflikt zu kommen.

Nicht angebliche Angriffspläne Deutschlands, nicht unsere Stellung zur Frage unserer Ostgrenzen bringt also Unruhe in die politische Entwicklung des östlichen Europas hinein, sondern „solche Auslassungen, zu denen die Haltung Deutschlands in keiner Weise Anlaß gegeben hat". Polen, das Wilna raubte, in das deutsche Oberschlesien einbrach, mag sich selbst als „Hort des Friedens" bezeichnen, andere werden es nämlich kaum tun. Wir haben uns durch die Zusatzverträge zum Locarnoabkommen verpflichtet, an eine kriegerische Auseinandersetzung mit unseren östlichen Grenznachbarn nicht zu denken. Aber wir haben uns niemals verpflichtet — und das betont die deutsche halbamtliche Erklärung mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit — polnische Verleumdungen so ohne weiteres uns gefallen zu lassen.

Polnische Treibereien in Paris.

Die Pariser Ausgabe des „New York Herald" glaubt zu wissen, daß die polnische Regierung bei der Botschafterkonferenz lebhafte Vorstellungen erhoben habe, um darauf hinzuweisen, daß die deutschen Ostfestungen die Sicherheit Polens bedrohten. Im übrigen erklärt das Blatt, daß ein Stillstand in den Verhandlungen des deutschen Generals von Pawelsz mit der Botschafterkonferenz vorauszusehen sei und daß die Frage der Befestigungen schiedsgerichtlich behandelt werden würde. Briand sei einem derartigen Verfahren nicht abgeneigt, aber Poincaré und andere Minister seien dagegen. Der französische Delegierte in der Botschafterkonferenz, Jules Cambon, soll übrigens auch für ein schiedsgerichtliches Verfahren sein.

Lateinamerika und die Intervention in Nikaragua.

Buenos Aires. „La Nacion" erklärt, die Presse Mittel- und Südamerikas betrachte die Politik der Vereinigten Staaten in Nikaragua mit Mißtrauen. Das Blatt veröffentlicht eine Meldung aus Santiago, wonach in der chilenischen Abgeordnetenkammer ein Antrag auf Anerkennung des Grundsatzes „Lateinamerika den Lateinamerikanern" eingebracht worden ist.

Der Kampf um die Ostfestungen.

Französische Stimmungsmache gegen Deutschland.

Eine deutsche offiziöse Warnung.

Anläßlich der in Paris stattfindenden Besprechungen über die sogenannte Entwaffnung der deutschen Ostfestungen hat in einem Teil der französischen Rechtspresse ein Kesseltreiben gegen Deutschland eingesetzt. Einer der Hauptrufer in diesem Streit ist der Marschall Foch, der sich entschieden gegen die Abschaffung der Militärkontrolle und gegen die Räumung des Rheinlandes wendet. Diese Haltung Fochs erschwert auch die schwebenden Verhandlungen über die Frage der Ostfestungen außerordentlich. Darüber hinaus ist auch Polen in Paris eifrig tätig, um diese Verhandlungen zu seinen Gunsten zu beeinflussen. Zu den französischen Pressetreibereien wird nunmehr von deutscher Seite in einer Erklärung offiziös Stellung genommen, in der es heißt:

Ein Teil der französischen Presse, so „Echo de Paris", „Temps" und andere Blätter, bemüht sich seit mehreren Tagen, den seit zwei Tagen im Gange befindlichen Verhandlungen zwischen den deutschen Vertretern und der Botschafterkonferenz die politische Bedeutung eines Kernproblems für die deutsch-französischen Beziehungen beizulegen und gegen eine Bereinigung der beiden sogenannten Restfragen Stimmung zu machen. Diese Kampagne erweckt in Berlin steigendes Befremden. Man erblickt darin im Zusammenhang mit anderen bereits vor Beginn der Besprechungen veröffentlichten tendenziösen Artikeln zu den schwebenden Fragen eine planmäßige Stimmungsmache derjenigen Kreise, die eine deutsch-französische Verständigung verhindern wollen. Es wäre sehr bedauerlich, wenn es diesem Pressefeldzug gelingen würde, die an sich nicht leichten Verhandlungen zu stören und damit dem Fortgang der Verständigung, die von deutscher Seite aufrichtig gewünscht wird, Schwierigkeiten zu bereiten.

In Berliner politischen Kreisen glaubt man, daß trotz der Schwierigkeit der Pariser Verhandlungen diese keineswegs als aussichtslos gelten. Etwas günstiger sollen die im wesentlichen in Berlin geführten Verhandlungen über die Frage des Kriegsmaterials verlaufen, nachdem die Militärkontrollkommission neue Instruktionen aus Paris erhalten hat.

Die heutigen Verhandlungen über die Restpunkte.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Paris, 12. Januar. Wie die Telegraphen-Union erfährt, haben General von Pawelsz und Legationsrat Dr. Forster heute nachmittag mit dem Sekretär der Botschafterkonferenz konferiert. Die deutschen Unterhändler besprachen sich ferner mit den Mitgliedern des Militärkomitees. In französischen politischen Kreisen ist man der Anschauung, daß die vorbereitenden Verhandlungen ihrem Ende zugehen, so daß die Botschafterkonferenz mit den schwebenden Abrüstungsfragen sich bald befassen wird.

Die Räumungsfrage noch nicht aufgeworfen

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Paris, 13. Januar. Auf verschiedene Fragen des Abgeordneten Desordin erklärte Briand u. a., daß nicht nur bei den Genfer Verhandlungen keine Verpflichtungen über die vorzeitige Rheinlandräumung eingegangen worden seien, sondern die Frage überhaupt noch nicht aufgeworfen worden sei. Auf die Frage des Abgeordneten, welche Meinung die Botschafterkonferenz, die Kontrollkommission, der Oberste französische Kriegsrat und das Interalliierte Militärkomitee bezüglich der in Genf beschlossenen Aufhebung der Militärkontrolle habe, antwortete Briand, daß die bevorstehende Debatte ihm Gelegenheit geben würde, die Kammer ausführlich über diese Frage zu unterrichten. Auf die dritte Frage des Abgeordneten sagte Briand, daß kein Anlaß vorgelegen habe, ein Gelbbuch mit den Dokumenten und dem Schriftwechsel der letzten Genfer Konferenz zu veröffentlichen, da die Verhandlungen über die Abrüstung noch nicht beendet seien.

Amerikanische Truppenzusammenziehungen an der mexikanischen Grenze.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Neuyork, 12. Januar. Laut Erklärung des Kriegsdepartements sind 15 000 Mann, besonders Kavallerie und Infanterie, an der mexikanischen Grenze zusammengezogen worden. Außerdem sind Sonderoffiziere nach den Staaten Arizona und Texas entsandt worden. Beide Maßnahmen hängen jedoch nach der Erklärung des Kriegsdepartements nicht mit der mexikanischen Kriegsgefahr zusammen.

Die Gewerkschaften bei Dr. Curtius.

Auch Verhandlungen mit den Wirtschaftsführern.

Dr. Curtius setzte am Mittwoch seine Bemühungen um die Bildung einer Regierung fort. Er empfing Vertreter der Freien Gewerkschaften, der Christlichen und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften. Die Führer der Freien Gewerkschaften, Leipart und Graßmann, sind zurzeit nicht in Berlin. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund entsandte deshalb andere Vertreter zu den Verhandlungen. In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß Herr Dr. Curtius sich auch mit Führern der Industrie und der Wirtschaft besprechen wird. Mit Interesse sieht man in parlamentarischen Kreisen der Fühlungnahme des Zentrums mit den Sozialdemokraten und den Deutschnationalen entgegen. Dr. Curtius dürfte bis dahin kaum irgendwelche entscheidenden Schritte unternehmen.

Die Gewerkschaftsvertreter unterbreiteten in der Besprechung mit Dr. Curtius ihr Sozialprogramm, wobei sie vor allem zum Ausdruck brachten, daß sie als dringendste Aufgabe der künftigen Regierung die sofortige Verabschiedung des Arbeitszeitnotgesetzes ansehen, und zwar müßte durch dieses Gesetz, das zudem endgültig die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens ermöglichen soll, der Achtstundentag grundsätzlich in Deutschland garantiert werden. Ferner wünschen die Gewerkschaften eine alsbaldige Verabschiedung des Arbeitsschutzgesetzes, das sich vor allem auf den Schutz der älteren Angestellten und den Schutz der Kinderarbeit bezieht. Sodann trugen die Gewerkschaftsvertreter ihre Wünsche hinsichtlich einer nachdrücklichen Vertretung der Arbeitnehmerschaft gegenüber der Reichsregierung vor. Dr. Curtius nahm diese Wünsche der Gewerkschaftsvertreter entgegen, konnte natürlich positive Gegenvorschläge nicht machen, da solche erst möglich wären, wenn es einem Kanzler gelungen ist, ein Kabinett zustande zu bringen, und wenn er mit den Parteien, die dieses Kabinett tragen, darüber eine Verständigung erzielt hat.

Über die Sitzung des Vorstandes der Zentrumsfraktion wurde folgende parteioffiziöse Mitteilung ausgegeben: Der Vorstand der Zentrumsfraktion ist sich darüber einig, daß der vorgeschlagenen Kabinettsbildung schwere außen- und innenpolitische Bedenken entgegenstehen. Einen Beschluß zu fassen, war der Vorstand nicht in der Lage, bevor er nicht die Fraktion gehört hat.

Zwei französische Soldaten verhaftet.

Erregung in Mainz.

Die beiden französischen Soldaten, die sich am Abend des 8. Januar die gemeldeten Übergriffe zuschulden kommen ließen, sind festgestellt und verhaftet worden. Nach Mitteilung des französischen Oberkommandos sollen sie vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Zu dem neuen Mainzer Zwischenfall werden noch einige Ergänzungen bekannt, die zeigen, daß die beiden anscheinend betrunkenen französischen Soldaten nahezu systematisch die deutschen Passanten angegriffen haben. Kurz bevor ein Überfall auf die 24jährige Tochter des Eisenbahnobersekretärs Vogel geschah, wurde 200 Meter von jenem Tatort entfernt der 22jährige Heilgehilfe Volk von dem einen Soldaten an der Brust gepackt und durch einen Faustschlag ins Gesicht verletzt. Auch der zweite Soldat schlug dann auf den wehrlosen jungen Mann ein. Es ist auch beobachtet worden, daß in zwei anderen Fällen Passanten von den Soldaten belästigt wurden. In der Stadt Mainz herrscht über diesen dritten Zwischenfall in kurzer Zeit stärkste Entrüstung.

Wie noch nachträglich bekannt wird, ist in Landau ein 20 Jahre alter Kaufmann von zwei französischen Soldaten angerempelt und mit Füßen getreten worden.

Die Grippeepidemie in Europa.

Zumeist gutartiger Verlauf.

Der von der Hygieneabteilung des Völkerbundsekretariats veröffentlichte Sonderbericht über die Grippeepidemie in Europa enthält Beiträge der Sanitätsverwaltungen von Deutschland, Belgien, Dänemark, Italien, den Niederlanden, Norwegen, Schweden, der Schweiz und der Tschechoslowakei. Allgemein wird festgestellt, daß die Epidemie, obwohl die Krankheitsfälle sehr zahlreich sind, bisher einen mehr gutartigen Verlauf nimmt und die Sterblichkeit nicht merklich höher ist als bei normalen Verhältnissen zu dieser Jahreszeit. In verschiedenen Ländern habe die Epidemie einen stark ansteckenden Charakter.

Das Deutsche Hygienebureau meldet, es gäbe keine eigentliche Grippeepidemie in Deutschland, dagegen zahlreiche Fälle von Erkrankungen der Luftwege. Die Zahl der Todesfälle infolge Grippe oder Erkrankung der Luftwege sei nur wenig größer als zu anderen Zeiten.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF